

08.05.2024 - 16:30 Uhr

## Koalition internationaler Investoren unterstützt Antrag zu Arbeitnehmerrechten bei Amazon

Vancouver, Kanada (ots) -

Aktionäre von Amazon.com, Inc. (NASDAQ: AMZN) fordern das Unternehmen auf, zu prüfen, ob es seinen eigenen Verpflichtungen nachgekommen ist, die Rechte der Arbeitnehmer auf Vereinigungsfreiheit und Tarifverhandlungen zu respektieren.

Die bevorstehende Jahreshauptversammlung von Amazon am 22. Mai findet inmitten der laufenden gewerkschaftlichen Organisierungsbemühungen des Unternehmens statt, einschließlich der jüngsten Anträge in den USA, Großbritannien und Kanada, sowie Medienberichten, die dem Unternehmen Einschüchterungen, Vergeltungsmaßnahmen und Überwachung vorwerfen.

Eine Gruppe von mehr als 20 globalen Investoren unter der Leitung von SHARE, der Shareholder Association for Research and Education, hat einen Aktionärsantrag eingereicht, in dem das Board of Directors von Amazon aufgefordert wird, zu prüfen, inwieweit die Maßnahmen des Unternehmens mit seiner Policy zur Achtung der internationalen Menschenrechte, einschließlich der zentralen Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und der ILO-Erklärung über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit, in Einklang stehen.

**Sarah Couturier-Tanoh**, Director of Shareholder Advocacy bei SHARE und eine führende Expertin in den Bereichen Corporate Governance, ethische Arbeitsbedingungen und Menschenrechte, sagt, dass eine wirksame und transparente Due-Diligence erforderlich ist, um den Aktionärsinteressen gerecht zu werden, wenn wiederholt Vorwürfe über Fehlverhalten aufkommen.

"Abgesehen von der ethischen Notwendigkeit, die Menschenrechte zu respektieren, stellt jedes Versäumnis, die Arbeitspraktiken mit international anerkannten Menschenrechtsnormen in Einklang zu bringen, eine Bedrohung für den langfristigen Unternehmenswert dar", so Couturier-Tanoh. "Deshalb haben wir in den vergangenen Jahren erlebt, dass globale Investoren sich für bessere Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern einsetzen, um diese Risiken in ihrem Anlageportfolio zu minimieren. In den letzten sechs Monaten sind mehrere Unternehmen diesem Aufruf gefolgt, darunter Starbucks und Apple. Wir warten immer noch darauf, dass Amazon diesem Beispiel folgt und, offen gesagt, es noch besser macht."

Auf der Liste der Mitunterzeichner des Antrags an Amazon steht auch **CCLA Investment Management**, der führende Vermögensverwalter für Wohltätigkeitsorganisationen in Großbritannien. Laut **Martin Buttle**, Leiter von CCLA Better Work, ist CCLA der Ansicht, dass Arbeit für das Dasein und die Würde des Menschen von zentraler Bedeutung ist sowie Vereinigungsfreiheit und Tarifverhandlungen wichtige Bestandteile der IAO-Erklärung über grundlegende Arbeitsprinzipien und -rechte sind.

"Wir begrüßen zwar Amazons Engagement für die Einhaltung hoher Standards in der Belegschaft, sind aber besorgt darüber, dass Amazon international wegen seines Vorgehens bei der Anerkennung von Gewerkschaften und dem Recht der Arbeitnehmer auf Tarifverhandlungen mit fundierter Kritik konfrontiert wurde", sagt Buttle. Er weist zudem darauf hin, dass Amazon in Großbritannien von der Gewerkschaft GMB gewerkschaftsfeindliche Praktiken in seinem Coventry Fulfillment Centre vorgeworfen wurden.

"Als Investoren wollen wir, dass Amazon einen unabhängigen Bericht veröffentlicht, damit wir feststellen können, inwieweit diese Anschuldigungen wahr sind - und inwieweit wesentliche Risiken für den langfristigen Wert des Unternehmens bestehen. Letztendlich glauben wir, dass das Unternehmen seine eigenen Richtlinien umsetzen und zeigen sollte, dass es ein Arbeitgeber ist, der die geltenden Rechte achtet."

Der Mitinitiator **Storebrand Asset Management** mit Hauptsitz in Norwegen ist der Ansicht, dass es im besten Interesse von Amazon ist, die zahlreichen Vorwürfe bezüglich der Beeinträchtigung des Arbeitnehmerrechts auf gewerkschaftliche Organisation auszuräumen, indem es eine Bewertung der Umsetzung und der Policy des Unternehmens durch Dritte zulässt.

"Große Unternehmen wie Amazon könnten aufgrund der neuen EU-Verordnung (CSDDD), die eine verpflichtende Sorgfaltsprüfung im Bereich der Menschenrechte vorschreibt, die auch für große Unternehmen aus Nicht-EU-Ländern, die in Europa tätig sind, einem erhöhten finanziellen Risiko ausgesetzt sein", sagt **Tulia Machado-Helland**, Head of Human Rights bei Storebrand Asset Management. "Ein Unternehmen kann haftbar gemacht werden, wenn es vorsätzlich oder fahrlässig versäumt, menschenrechtswidrige Auswirkungen zu verhindern oder zu beenden."

Weitere Mitunterzeichner des Antrags sind die schwedischen Unternehmen **Alecta**, **Öhman Fonder** und das **Council on Ethics des schwedischen Pensionsfonds**, die dänischen Unternehmen **AkademikerPension** und **Sampension**, das norwegische Unternehmen **KLP Kapitalforvaltning AS** und die **Finanzbehörde des US-Bundesstaates Illinois**.

### Über SHARE

SHARE ist eine preisgekrönte gemeinnützige Organisation, die sich für die Mobilisierung von Investoren für eine nachhaltige, integrative und produktive Wirtschaft einsetzt. Wir tun dies, indem wir unsere Investorennetzwerke unterstützen und ihre Stimmen zur Verbesserung der Nachhaltigkeitspraktiken von Unternehmen und zur Umsetzung besserer Regeln und Vorschriften

für die Kapitalmärkte verstärken. Weitere Informationen über SHARE finden Sie unter [www.share.ca](http://www.share.ca)

Pressekontakt:

cometis AG  
Thorben Burbach  
T.: +49 (0)611 - 205855-23  
F.: +49 (0)611 - 205855-66  
Email: [burbach@cometis.de](mailto:burbach@cometis.de)  
[www.cometis.de](http://www.cometis.de)

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/fr/pm/100098732/100919269> abgerufen werden.